



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Kampf um Schleswig-Holstein 1848-1850. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Folgen eines ersten Fehlers sich mit der ehernen Consequenz entwickeln, wie sie der Dichter in der Tragödie als göttliche Gerechtigkeit uns vor Augen führt. Es ist schwer, es mag ein Opfer kosten, den bereits begangenen Fehler gut zu machen, aber es hieße am Vaterlande verzweifeln, es für unmöglich zu erklären. Noch, davon sind wir überzeugt, steht es in Preußens Macht, in das Lager der nationalen Sache zurückzukehren, nicht ohne selbstverschuldete Schwierigkeiten; aber können Schwierigkeiten, und seien sie der peinlichsten Natur, in Betracht kommen, wo es sich um die Rettung, die Macht, die Ehre des Vaterlandes handelt?

Ein correctes Verhalten in der Erbfolgefrage sichert Preußen noch heute die Stellung in Deutschland, die bei längerem Verharren in der gegenwärtigen Politik vielleicht unwiederbringlich verloren wäre.

Der Kampf um Schleswig-Holstein 1848—1850.

2.

Wohl fanden inzwischen die Behörden und Stände von Schleswig-Holstein in den traurigen Erfahrungen der letzten Maiwoche einen erhöhten Antrieb, der eigenen Haltung des Landes politisch und militärisch eine größere Festigkeit zu verleihen. Unmittelbar nach dem Rückzuge Wrangels aus Jütland sprach eine Verkündigung der provisorischen Regierung den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aus. Die Stände, um die Mitte Juni sich versammelnd, beschloffen nicht bloß ein Gesetz zur Ausführung dieser Verkündigung, sondern auch ein Wahlgesetz zur Einberufung einer allgemeinen Landesversammlung, der die Berathung einer neuen Verfassung für die Herzogthümer obliegen sollte. Indessen hatten alle Bemühungen, das schleswig-holsteinische Heer auf einen stärkeren Fuß zu bringen, fortwährend mit den mannigfachsten Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem mit dem Mangel an geschulten Offizieren. Auf das Zustromen von Freiwilligen aus dem übrigen Deutschland aber konnten nur ungünstig die Mißhelligkeiten einwirken, die zwischen den Führern des regelmäßigen Militärs und den Freischaaren bestanden. Daß die Ersteren auf die Dienste der Letzteren keinen allzugroßen Werth legten, war an sich eine in den Kriegen der Neuzeit nicht ungewöhnliche Erscheinung; hier aber wurde der Gegensatz

noch dadurch geschärft, daß in den Freischaaren sich zahlreiche, von der politischen Erregtheit der Zeit mächtig ergriffene Leute befanden, Leute, die vielleicht vor Kurzem erst, auf den Barrikaden, eben den Soldaten gegenübergestanden, die jetzt mit ihnen den Dänen bekämpften. Also war es denn, nicht ohne ziemlich bedenkliche Auftritte, im Mai zu einer Entlassung zahlreicher Freiwilliger, nachher jedoch unter den Zurückgebliebenen zu einer Neubildung gekommen, aus welcher namentlich das v. d. Tannsche Corps in der Gestalt hervorging, in welcher es bei Hoptrup siegte. Uebler aber, als alle jene Schwierigkeiten und Verlegenheiten, gegen welche die provisorische Regierung im Innern arbeiten mußte, war es vielleicht, daß diese Regierung zu den diplomatischen Verhandlungen mit den außerdeutschen Mächten in gar keinem directen Zusammenhange stand. Seit der Bund die schleswig-holsteinische Angelegenheit in die Hand genommen und an Preußen übergeben hatte, sah sie sich hier ganz durch das Letztere vertreten und von einer eigenen Theilnahme abgesperrt. Ueber den Stand der auswärtigen Verhältnisse erfuhr sie Bestimmteres nur soweit sie durch Preußen unterrichtet wurde; und als deutlichere Ahnungen über sie kamen von einem bevorstehenden unwillkommenen Ausgange, war die Gewalt der Dinge schon zu mächtig, als daß noch ein wirksamer Widerstand hätte geleistet werden können.

Denn stärker und stärker begann jetzt die ungünstige Strömung, in welche neuerlich die Ereignisse gerathen waren, sich auch in den Verhandlungen geltend zu machen, die sich seit dem Mai über Waffenstillstand und Frieden im Gange befanden. Die angebotene Vermittelung Englands war für diese Verhandlungen zu Ende April von Preußen angenommen worden und Lord Palmerston suchte in London zwischen Bunsen und dem dänischen Gesandten eine Verständigung über einen Waffenstillstandsentswurf herbeizuführen, mit welchem gewisse allgemeine Umrisse des während des Stillstandes zu verhandelnden Friedens verbunden waren. Der Gedanke einer Trennung Schlesiens nach der Sprachgrenze, so daß ein nördlicher Streifen des Landes dem dänischen Königreiche, der südliche Theil dagegen Holstein und dem deutschen Bunde zufallen sollte, ward hier aufgebracht; ob und wie man daneben die Verbindung der Herzogthümer mit dem Königreich durch Bestimmungen über die Erbfolge für die Zukunft zu sichern gedenke, blieb noch im Unklaren. Auf der einen Seite wies aber die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins, als Preußen den Plan zu ihrer Kenntniß brachte, die Friedenspräliminarien zurück, unterstützt von zahlreichen Protesten, die aus dem nördlichen Schleswig gegen jede Zertheilung dieses Herzogthums einliefen; andrerseits setzte Dänemark dem preußisch-englischen Waffenstillstandsentswurf einen von Grund aus verschiedenen entgegen, in welchem von Friedenspräliminarien keine Rede war. Nun erfolgte Wrangels Rückzug aus Jütland und alles was sich an denselben knüpfte; überdies aber löste sich

in Preußen, um Mitte Juni, das camphausensche Ministerium auf, und in dem neuen, auerswald-hansemannschen Cabinet fehlte es der schleswig-holsteinischen Sache an einem so entschiedenen Vertreter wie der Baron Heinrich von Arnim in dem früheren gewesen. Jetzt steigerten sich die Zumuthungen Englands an Preußen in der Waffenstillstandsangelegenheit bedeutend; Preußen hinwider hielt es gerathener, durch eine Annäherung an Schweden und Rußland sich wo möglich diese Mächte günstiger zu stimmen; und so geschah es, daß gegen Ende des Juni die südschwedische Stadt Malmö, nach der sich der König Oskar begeben hatte, zu dem Orte wurde, wo preussische und dänische Diplomaten zur Verhandlung des Waffenstillstands unter schwedischer Vermittlung zusammenzutreten. Eine neue Bewegung auf dem Kriegsschauplatz war hiervon die nächste Folge. Es verstand sich nämlich von selbst, daß die Stellungen, die jeder der kriegführenden Theile im Augenblicke des Abschlusses einnahm, in mancher Rücksicht von Wichtigkeit werden könnten; außerdem drängten, von Frankfurt her, Bundestag und Nationalversammlung zu einer Verjagung der Dänen aus dem nördlichen Schleswig. Da nun der Grund, um deswillen sich Brangel vor vier Wochen nach dem Süden gezogen, ohnehin durch die inzwischen erhaltenen Verstärkungen sowie durch den Umstand hinwegfiel, daß seitdem der größte Theil der dänischen Streitkräfte von der Insel Alsen nach dem nördlichen Schleswig übergesetzt war, so rückte Brangel wieder gegen den Norden vor. Die Dänen wichen zurück, indem sie nur, am 29. Juni bei Hadersleben, den schleswig-holsteinischen Truppen eine Gelegenheit gaben ihre Tapferkeit an den Tag zu legen; ohne sonderliche Anstrengung gelangte der deutsche Feldherr bis an die jütländische Grenze, diesmal freilich an derselben Halt machend. Was aber inzwischen zu Malmö abgehandelt wurde, das entsprach nicht dieser neuen Beweise von der Ueberlegenheit der deutschen Waffen, sondern legte vielmehr nur einen neuen Beweis ab für den Wunsch der preussischen Regierung, um jeden Preis des Krieges los zu werden.

Das Verschiedenartigste wirkte jetzt in Berlin zusammen. Mehr und mehr lernte man den Krieg als einen solchen betrachten, mit dessen Führung Preußen sein eigenes Interesse der deutschen Sache opferte. In den preussischen Küstenstädten begann man über die Handelsbeschwerden um so lebhafter zu klagen, je mehr die Hoffnung verschwand, durch glänzende Kriegsthaten Befreiung oder Genugthuung zu erhalten. Die preussische Regierung fühlte sich durch die Haltung der deutschen Nationalversammlung, insbesondere durch die Behandlung, welche in den Debatten über die Herstellung einer provisorischen Centralgewalt der preussische Staat erfahren hatte, aufs empfindlichste verletzt und daher doppelt abgeneigt, um des guten Einvernehmens mit der Nationalversammlung willen und im Vertrauen auf dasselbe sich dem Drängen und Drohen der europäischen Mächte zu widersetzen. Aber alles dieß reicht doch kaum hin, um einen Waffenstillstandsentwurf, wie er am 2. Juli zu Malmö aufs Papier gebracht wurde,

zu erklären; erschien doch, diesem Entwurfe zufolge, in mehren wichtigen Punkten die schleswig-holsteinische Erhebung, die vom deutschen Bund und von der preussischen Regierung versochtene Sache geradezu in der Lage einer verurtheilten und schon halbbesiegten Rebellion. Dennoch brachte der preussische Unterhändler, der Graf Pourtales, der in Begleitung des schwedischen Grafen Manderström mit den verabredeten Bedingungen nach Berlin reiste, von dort die Genehmigung derselben seitens der preussischen Regierung nach den Herzogthümern und den Befehl an den General Wrangel, auf Grund der Artikel die militärische Convention mit dem dänischen Befehlshaber abzuschließen.

Erst jetzt aber, und eben durch das Geschehene brach nun die schlimmste Verwicklung über die ganze Angelegenheit herein. Während nämlich Graf Pourtales nach Berlin gegangen, hatte die provisorische Regierung der Herzogthümer, obwohl nur unvollständig von dem Inhalte des Vertrags unterrichtet, sowohl im Hauptquartier Wrangels als in Frankfurt und bei der preussischen Regierung selbst alles aufzubieten beschossen, das drohende Unheil abzuwenden. In der That zeigte sich der General Wrangel und dessen Generalstabschef, v. Stockhausen, über die Bedingungen des Stillstandes so entrüstet, daß der Erstere einen seiner Adjutanten nach Berlin schickte, um Gegenvorstellungen zu machen. In einer lebhaften Debatte der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt erhoben sich starke Stimmen gegen ein unwürdiges Abkommen und man deutete darauf hin, daß es nicht Sache Preußens allein sei, abzuschließen. Unter solchen Umständen trat denn auch die preussische Regierung selbst einen Schritt zurück. Vom Grafen Reventlow persönlich gedrängt, wies der Minister v. Auerswald den General Wrangel an, in seinen Verhandlungen mit dem dänischen Befehlshaber Einiges zur Geltung zu bringen, was in den zu Malmö festgestellten Artikeln entweder gar nicht, oder nicht mit gehöriger Ausdrücklichkeit enthalten war. Diesen Weisungen gemäß wurden im Hauptquartier des Generals Wrangel, in welches sich Graf Reventlow von Berlin aus begeben, von diesen und dem Grafen Pourtales die Abänderungen getroffen und in den Conferenzen zu Bellevue bei Kolding dem dänischen General Hedemann und dem Kammerherrn von Needy vorgelegt. Aber statt daß eine Verständigung erfolgt wäre, ergriff jetzt Dänemark die willkommene Veranlassung, über Preußens Handlungsweise, über das eigenmächtige Eingreifen des General Wrangel, über das Zurückweichen von dem einmal Zugestandnen, die schwerste Klage zu erheben, und alle die Regierungen, die sich für die Verhandlung interessirten, stimmten ein in scharfem Tadel des preussischen Verfahrens. Mit einem Male war die preussische Regierung in die verdrießlichste Lage gesetzt; mitten in ihrer eigenen Unlust an dem Kriege sah sie sich doch in Folge einiger Rücksichten, die sie nothgedrungen auf die verschiedenen Elemente der von ihr vertretenen Partei, auf die provisorische Regierung in Kiel, auf Frankfurt, auf die Stimmung in Deutschland

Digitized by Google

genommen, von allen an der Herstellung des Friedens arbeitenden Mächten beschuldigt, in muthwilliger Weise die erregten Hoffnungen durch Widerruf des schon Bewilligten gestört zu haben. Insbesondere aber drängte sich dabei ein Punkt in den Vordergrund und wurde nicht bloß zu einem Steine des Anstoßes für das vorliegende Geschäft, sondern entwickelte noch für ganz andere Verhältnisse als die schleswig-holsteinischen die weitreichendsten Wirkungen.

Von dem deutschen Bunde mit der Leitung der Unterhandlungen beauftragt, war Preußen bisher, für Abschluß eines Friedens oder eines bedeutendern, nicht rein militärischen Waffenstillstandes, an die Genehmigung der Bundesversammlung gebunden gewesen. In dem Waffenstillstandsvertrag von Malmö fand sich indeß preußischerseits kein Vorbehalt auf eine solche Genehmigung gestellt. Freilich waren damals die Tage der Bundesversammlung gezählt. Am 12. Juli trat, durch die deutsche Nationalversammlung (den 29. Juni) eingesetzt und durch die Regierungen anerkannt, die provisorische Centralgewalt in der Person des Erzherzog Johann als Reichsverwesers an die Spitze von Deutschland. Eben auf diesen Reichsverweser aber, der an die Stelle des Bundestags gekommen, war nun sowohl in der Nationalversammlung zu Frankfurt, als auch von der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins bei ihren Bemühungen, den widerwärtigen Vertrag abzuwenden, hingewiesen worden; ohne die Zustimmung der Centralgewalt dürfe nach der Beschaffenheit der Vollmachten, auf deren Grund Preußen die deutsche Sache gegen Dänemark vertrete, und nach der ganzen Natur des Krieges als eines deutschen, ein bedeutender Waffenstillstand nicht abgeschlossen werden. Und der Minister v. Auerswald hatte Bedenken getragen, sich hiergegen zu verschließen. Unter den Weisungen zu einer Modification des Waffenstillstands, die er dem General Wrangel hatte zukommen lassen, hatte sich auch die befunden, die Genehmigung der Centralgewalt vorzubehalten. Aber wunderbar, welche Aufregung diese Hindeutung auf die Centralgewalt hervorbrachte. Wenn man sich dabei, zur Zurückweisung des preußischen Vorbehalts, auf den Umstand bezog, daß die deutsche Centralgewalt bei den außerdeutschen Mächten noch nicht zur officiellen Anerkennung gekommen sei, so lag doch der wahre Grund, ihre Erwähnung so übel aufzunehmen, zunächst für Dänemark natürlich ganz anderswo. Wurden nämlich die Verhandlungen, infolge jenes Vorbehalts, an den Reichsverweser gebracht, so geriethen sie voraussichtlich unter den directen Einfluß der deutschen Nationalversammlung; diese aber erschien damals noch in einer Macht und einer Haltung, in welcher sie zwar die Leitung des Krieges nicht wohl in ihre eigene Hand nehmen konnte, doch aber einen energischen und achtungsgebietenden Widerstand gegen einen Waffenstillstandsentwurf wie den gegenwärtigen erwarten ließ. Vermochte man hingegen Preußen, dessen Regierung bisher vor allen deutschen Regierungen die Hauptlast des Krieges, dessen Bevölkerung die Hauptverluste von der Blockade und den sonstigen Handelsbeein-

trächtigungen empfand, zu einer ganz offenbaren Nichtberücksichtigung der Centralgewalt in der gegenwärtigen Angelegenheit zu drängen, so war ein Zermürfniß zwischen der preussischen Regierung und der deutschen Nationalversammlung mit Wahrscheinlichkeit gegeben, und der deutschen Nation mochte die Hoffnung, sich durch ein bestimmtes Organ mit Nachdruck als eine Einheit auch nach außen hin geltend zu machen, gleich von Anfang an recht gründlich verdorben werden. Und was dabei für Dänemark das Günstigste — auch in diesem Widerstande gegen die Einmischung der deutschen Centralgewalt hatte es alle nichtdeutschen Mächte auf seiner Seite. Man begreift, daß Schweden in seiner Vermittlerrolle dies neue Hemmniß des Vermittelungsgeschäfts mit ungünstigen Augen ansah; man begreift ferner, daß England, schon um seines Handels willen immer begieriger nach Wiederherstellung des Friedens im Norden verlangend, die nahe Aussicht darauf sich am wenigsten durch Hereinziehung einer kaum geschaffenen, allerhand Schwankungen unterworfenen Gewalt im Innern von Deutschland verkümmern lassen wollte. Aber es mochte scheinen, als ob überhaupt alle alten Mächte von Europa in dieser neuen Macht, welche als deutsche Centralgewalt unter sie treten und der Ausgangspunkt einer deutsch-nationalen Entwicklung werden sollte, nur eine Beeinträchtigung für das eigene Gewicht und die eigenen Interessen, nur ein Element der Störung für alle gewohnten politischen Berechnungen und Anschauungen erblickten. Legte doch auch das republikanische Frankreich, das sich bisher gegen den ganzen deutsch-dänischen Handel ziemlich gleichgiltig verhalten hatte, eben jetzt mit vielem Nachdruck seine Stimme zu Gunsten Dänemarks in die Waagschale.

Schwer und empfindlich kamen nun alle diese Verhältnisse auf die preussische Regierung zu fallen. Allgemein hieß es, sie sei gebunden durch den Vertrag vom 2. Juli. Von Schweden schien eine sofortige Theilnahme am Kriege zu erwarten; Rußland drohte ernstlicher als je, und England, gereizt schon dadurch, daß Preußen die schwedische Vermittlung statt der englischen angenommen, rügte in ernstester Weise die Schwierigkeiten, die fort und fort von preussischer Seite her erwüchsen, „während von der andern Seite so viel versöhnlicher Geist, wenigstens in der letztern Zeit, gezeigt worden“. Dem Erscheinen einer russischen, einer englischen und vielleicht selbst einer französischen Flotte in Ost- und Nordsee glaubte man entgegensetzen zu müssen. In Frankfurt betrachtete man die Unterhandlungen als abgebrochen und die Centralgewalt wies den General Wrangel auf 37.000 Mann Verstärkungen an; aus den verschiedensten Theilen von Deutschland wurden sie gegen den Norden hin in Bewegung gesetzt. In der preussischen Regierung jedoch wuchs der Widerwille gegen die Weiterführung des Krieges mit jedem Tage, und am wenigsten war die Stimmung gegen die Centralgewalt von der Art, daß man dieser zu Liebe sich neuen Schwierigkeiten ausgesetzt hätte. Um indeß, während man seinem Ziele zusteuerte, doch nicht

geradezu mit der Regierung des Reichsverwesers in Conflict zu kommen, bestürmte man jetzt von Berlin aus diese letztere um eine Vollmacht zu endgiltigem, vorbehaltlosem Abschluß. Und wirklich ging der Reichsminister des Auswärtigen, Heckscher, so deutlich auch schon die ganze Richtung der preussischen Politik am Tage lag, auf das Begehren ein; allerdings aber geschah es nicht ohne alle Bedingung und Beschränkung. Die öffentliche Meinung in Deutschland hatte über das, was von den Malmöer Verhandlungen bekannt geworden, sich im höchsten Grade beunruhigt gezeigt. Also gab denn die Regierung des Reichsverwesers die gewünschte Vollmacht nur so, daß sie verlangte, man müsse an den Artikeln von Bellevue festhalten, und auch an diesen noch einige Abänderungen und Zusätze anbrachte, welche durchzusetzen seien.

Aber wie wenig war, als nun die Unterhandlungen zu Malmö wieder begannen, gerade Preußen in der Lage, dem Gegner noch etwas im Guten abzugewinnen, oder auch in dem festen Willen ihm etwas abzdringen. Schon genug, daß man denn doch einige ärgerliche Punkte des ersten malmöer Entwurfs beseitigte! Die Forderungen der Centralgewalt hatten insgesammt ein klägliches Schicksal. Am eigenthümlichsten erging es in einem der vornehmsten Punkte, in den Bestimmungen über die Behörde, der während der Zeit des Waffenstillstandes die Herzogthümer untergeben werden sollten. Daß für diese Zeit die provisorische Regierung abzutreten und einer Commission Platz zu machen hätte, deren Mitglieder aus angesehenen Männern Schleswig-Holsteins zum Theil durch den König von Preußen, zum Theil durch den dänischen König als Herzog von Schleswig-Holstein zu ernennen wären — dieses für die schleswig-holsteinische Sache so demüthigende Zugeständniß hatte Preußen in den bisherigen Verhandlungen gemacht. Die an Preußen ausgestellte Vollmacht der Centralgewalt verlangte nun, man solle sogleich beim Abschluß des Waffenstillstandes über gewisse, vertrauenerweckende Männer sich verständigen. Zu Malmö aber gelang es den Dänen, durch Täuschung des preussischen Unterhändlers, als Präsidenten der Regierungskommission den Grafen Karl Moltke durchzusetzen, einen Mann, der früherhin, als Präsident der holstein-lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen, durch seine Dienstfertigkeit gegen die dänischen Absichten zu einer der verhaßtesten Persönlichkeiten für die Schleswig-Holsteiner geworden war. Wollte ferner die Vollmacht des Reichsverwesers die fortdauernde Giltigkeit der Gesetze und Verordnungen, welche die provisorische Regierung erlassen, ausdrücklich anerkannt wissen, so sprach man jetzt diesen Gesetzen und Verordnungen die Geltung ausdrücklich ab und überließ es nur der neuen Regierung diejenigen wieder in Kraft zu setzen, die ihr nöthig und für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich schienen. Aber noch mehr! Statt eine Aenderung des bellevuer Entwurfs zum Vortheil Schleswig-Holsteins durchzusetzen, sah der preussische Unterhändler, General v. Below, in manchen

Punkten den Entwurf auch jetzt noch als zu günstig behandelt und wurde dadurch vollends aus den Grenzen, die durch die Vollmacht des Reichsverwesers gesteckt waren, hinausgedrängt. Daß in der schleswig-holsteinischen Armee, die nach Abzug der Bundestruppen allein die Herzogthümer besetzt halten sollte, eine Trennung der Schleswiger von den Holsteinern, eine Verweisung jeder Abtheilung in ihr Geburtsland stattzufinden hätte — auf diese bittere, in den malmöer Artikeln enthaltene Kränkung des schleswig-holsteinischen Gefühls wollten die Dänen auch jetzt nicht verzichten. Fast das Allerwichtigste jedoch und dasjenige, wodurch wohl hauptsächlich die Dänen sich hatten bewegen lassen, jetzt auf manchen Punkt des früher zurückgewiesenen Entwurfs von Bellevue einzugehen, war eine Bestimmung über die Dauer der Waffenruhe. Während man nämlich bisher immer nur einen Stillstand von drei Monaten im Auge gehabt, wurde er jetzt auf sieben Monate angesetzt, sollte demnach die Dänen für den ganzen Winter, sollte sie also gerade für die Zeit, in welcher die Ueberlegenheit zur See fast alle Bedeutung verlor und in welcher die Deutschen wohl gar, über die Belte hinweg, die dänischen Inseln heimsuchen zu können meinten, in Sicherheit bringen. Endlich, um für alle Fälle Preußens gewiß zu sein, verlangte man von ihm Abschluß des Stillstandes nicht bloß in Deutschlands, sondern auch in seinem eigenen Namen, band es also auch für den Fall, daß Centralgewalt und Nationalversammlung den Waffenstillstand doch noch verwürfen; von dieser Centralgewalt selbst aber wurde auch jetzt in der Urkunde keine Notiz genommen, sondern wiederum nur von einem deutschen Bunde gesprochen, in dessen Namen Preußen unterhandle.

Wohl möglich, daß die preussische Regierung sich wirklich nur die Wahl gegeben glaubte, entweder durch Zurückweisung dieser Forderungen aus einem ohnehin schon lästigen Kriege gegen Dänemark in Feindseligkeiten mit dem halben Europa zu gerathen, oder durch Nachgiebigkeit nach dieser Seite hin sich Frieden zu erkaufen auf die Gefahr hin, mit der Centralgewalt und der Nationalversammlung zu zerfallen. Der Termin des 29. August, an welchem in Kopenhagen auf den Fall, daß kein Waffenstillstand einträte, die aufgebrachten deutschen Schiffe versteigert werden sollten, stand in drohender Nähe. Da wurde denn, am 26. August, zu Malmö von dem preussischen General v. Below und den dänischen Kammerherren v. Bille und v. Needy der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet und England aufgefordert die Garantie zu übernehmen. Noch ist Vielen von uns die gewaltige Erregung in frischem Gedächtniß, die in Deutschland durch das wenn auch unvollständige Bekanntwerden der geschilderten Vorgänge, sowie durch die Waffenstillstandsbedingungen selbst hervorgebracht wurde — durch solche Waffenstillstandsbedingungen zwischen Deutschland und einer Macht, die an Umfang wie an Bevölkerungszahl hinter mehren der deutschen Mittelstaaten um vieles zurücksteht. Und zugleich, welcher Schlag für die soeben erst ge-

schaffene Centralgewalt und für die Schöpferin derselben, die deutsche Nationalversammlung, wenn sie es ruhig hinnahm, daß der deutsche Staat Preußen sich durch die außerdeutschen Mächte zu einem solchen Gebahren mit der gegebenen Vollmacht hatte hinreißen lassen? Was noch im Einzelnen erzählt ward über die leichtfertig gefällige Haltung, die der Reichsminister Heckscher Preußen gegenüber angenommen habe, was ferner bekannt ward über die Behandlung, welche die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins von dem preußischen Cabinet erfahren, über die Eile und Rücksichtslosigkeit, mit welcher sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes der Rückmarsch der preußischen Truppen begann — das diente dazu die Entrüstung mächtig zu steigern und ihr noch bestimmtere Zielpunkte zu geben. Andererseits aber — sollte diese neue, in sich noch unsichere Centralgewalt durch Nichtanerkennung des Waffenstillstands die Feindseligkeit des halben Europa, vor welcher Preußen zurückgeschreckt war, sollte sie dazu noch Preußens eigene Feindschaft auf sich laden und sich in unabsehbare Wirren stürzen? Das Ministerium des Reichsverwesers brachte die Frage über Anerkennung des Waffenstillstands an die Nationalversammlung, erklärte jedoch im Falle der Verwerfung abtreten zu wollen. Am 5. September kam es in der Versammlung zum ersten Kampfe. Vorzüglich auf Dahlmanns gewichtiges Wort entschied die Versammlung, daß der Hauptbeschluß über Anerkennung oder Nichtanerkennung noch auszusetzen, einstweilen aber mit den Ausführungsmaßregeln innezuhalten sei. Das Ministerium des Reichsverwesers sah dies als eine Verwerfung an; es legte nieder und der Reichsverweser forderte Dahlmann zur Bildung eines neuen Cabinets auf.

Sowie man zu Frankfurt, selbst in der Regierung des Reichsverwesers, bis zum Abschluß des Stillstands über den Gang der Unterhandlungen höchst mangelhaft unterrichtet gewesen war, so hatte man auch in Schleswig-Holstein den ganzen August hindurch jeder gehörigen Kunde entbehrt. Um die Mitte des Monats, als in Malmö die letzten zum Abschluß führenden Conferenzen begannen, war die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Landesversammlung in Kiel eröffnet worden; damals indeß hatte das Reichsministerium selbst, in der Besorgniß, durch die dortigen Berathungen und Beschlüsse möchte den Waffenstillstandsverhandlungen eine Erschwerung bereitet werden, seinen Einfluß bei der provisorischen Regierung auf Vertagung der Versammlung verwendet. Als nun aber, zu Anfang September, die schlimmen Nachrichten eintrafen, erhob sich in dem Lande ein mächtiger Sturm des Unwillens. Sofort trat, am 4. September, die Landesversammlung wieder in Kiel zusammen, und es geschah das Mögliche, den Waffenstillstand selbst abzuwenden oder doch den übelsten Folgen desselben im Voraus zu begegnen. Durch eine Anzahl von Beschlüssen war man bemüht, sich gegen Einsetzung einer mißliebigen Regierung, gegen Auflösung der Versammlung selbst und Aehnliches zu verwahren; ganz

besonders aber suchte man dadurch sich in einen festen Zustand zu versetzen, daß man jetzt, in wenigen Tagen, die neue Verfassung durchberiet und beschloß. Und so entschieden sich hier der Widerwille gegen den Waffenstillstand kundgab, so groß waren die Verlegenheiten, in welche um die nämliche Zeit preußische und dänische Diplomaten gleich bei dem ersten Schritt zur Ausführung der Bedingungen geriethen. Der Versuch, um den Grafen K. Moltke herum die im Waffenstillstande festgesetzte Regierungscommission zu sammeln, zeigte sich sowohl nach dem Empfange, der dem Grafen bei seinem ersten Erscheinen auf holsteinischem Boden zu Theil ward, als durch die Weigerung der übrigen, zu Mitgliedern bestimmten Männer, unter dem Präsidium des Grafen in die Commission einzutreten, als unausführbar. Der preußische Generalmajor v. Bonin, von der provisorischen Regierung eben damals an der Stelle des abtretenden Prinzen von Noer zum Führer der schleswig-holsteinischen Armee ausersehen, empfahl zwar den Herzogthümern Unterwerfung unter das Unvermeidliche an, that aber doch das Seinige, um dänische Voreiligkeiten abzuwenden und der Regierung einige Frist zu schaffen, wie sie ihr namentlich bei dem ungewissen Stande der Dinge in Frankfurt wünschenswerth schien.

Dort, in Frankfurt, fiel denn auch zuletzt die eigentliche Entscheidung. Auch dort verlebte man, vom 5. September an, Tage der äußersten Spannung. Während aber dort die Wahrscheinlichkeit, daß das verhaßte Präsidium Karl Moltkes in der Regierungscommission wegen der Unmöglichkeit des Mannes von selbst wegfallen werde, die Annahme des Waffenstillstands in einem etwas leidlicheren Lichte betrachten ließ — während ferner Preußen Hoffnung machte, es würden noch weitere Erleichterungen zu erlangen sein, häuften sich auf der anderen Seite die Schwierigkeiten einer förmlichen Verwerfung mehr und mehr. Dahlmann, der seinen Sieg vom 5. September nur mit Hilfe der Linken errungen hatte, nach seiner ganzen Vergangenheit aber unmöglich mit Männern der Linken sich zu Einem Ministerium zusammenthun konnte, mußte nach einigen Tagen qualvollster Arbeit sich außer Stande erklären, den Auftrag des Reichsverwesers zur Zusammensetzung eines neuen Cabinets zu erfüllen. So befand sich eben jetzt die deutsche Centralgewalt ohne Minister — zu einer Zeit, wo auch in Preußen, nach Abtreten des hansemann-auerswaldschen Ministerium, eine schwierige Krisis statthatte. Um so gefährlicher erschien das Arbeiten der Demokratie, welche — zum Theil freilich ohne übergroßes eigenes Interesse an der schleswig-holsteinischen Sache, — sich doch aus derselben jetzt eine treffliche Waffe gegen Preußen und gegen die rechte Seite der Nationalversammlung geschaffen; um so gewisser schien daher auch der Kampf, welchen die Nationalversammlung mit Verwerfung des Waffenstillstandes herausforderte, diese Versammlung ganz in die Gewalt der Demokratie bringen und überhaupt in die wildesten Strudel der Revolution hineinreißen zu müssen. Drei Tage lang,

den 14., 15. und 16. September, rangen darauf die Parteien in der Paulskirche mit einander; mit äußerster Anstrengung warfen sich die Redner der Linken der Anerkennung des Waffenstillstands entgegen; auf der anderen Seite scharrte sich namentlich der größere Theil der preußischen Abgeordneten; aber auch Schleswig-Holsteiner beugten sich vor den Gründen, welche hier ins Gewicht fielen, und vier von ihnen selbst waren Urheber des Antrags, mit dessen schließlicher Annahme die Verwerfung des Waffenstillstandes abgewiesen, die Anerkennung im Wesentlichen ausgesprochen wurde. Vor dem ganz Unberechenbaren, was aus einem Verwerfungsbeschlusse sich hätte entwickeln mögen, war damit Deutschland bewahrt; freilich wie nun die Entscheidung gefallen, so lag in derselben eine Niederlage der Nationalversammlung gegenüber einer deutschen Einzelmacht, von welcher sich die erstere nicht wieder erholt hat. Der sinnlose Straßenkampf, der sich am 18. September in Frankfurt entspann, konnte am wenigsten das Verlorene retten; vielmehr diente der Eindruck, den dieser Aufstand, den vorzüglich die scheußliche Ermordung Auerswalbs und Wichnowskys hervorbrachte, nur zur sofortigen Verstärkung des Nachdrucks in der eintretenden reactionären Wendung der Dinge, durch welche noch vor Ablauf eines Jahres die Nationalversammlung selbst hinweggerafft zu werden bestimmt war.

Sobald der Waffenstillstand die Anerkennung der deutschen Nationalversammlung erhalten hatte, konnte Schleswig-Holstein um so weniger an die Fortsetzung eines directen Widerstrebens denken, als Wrangel sich hatte vernehmen lassen, daß auch er, wenn schon höchst ungern, im Nothfalle den Stillstand mit Gewalt durchsetzen werde. Indes gestalteten sich merkwürdigerweise die Folgen des unseligen Vertrages eben in dem Lande, auf dessen Verhältnisse er sich bezog, über Erwartung leidlich. Eine Anstrengung, die noch am 18. September der hartnäckige Graf Moltke von der Insel Alsen aus machte, in der herrschenden Ungewißheit der Dinge die Regierung der Herzogthümer für sich und zwei Genossen unter dem Titel einer Immediatcommission zu usurpiren, scheiterte völlig. Dieser Versuch war eine Verletzung des Waffenstillstandes von dänischer Seite; Dänemark aber mußte nicht bloß auf ihn verzichten, sondern wurde nun von der preußischen Regierung dahin gebracht, sich einen Ausweg aus der Verwirrung gefallen zu lassen, dessen Gedanke in Berlin durch die provisorische Regierung angeregt worden war. Den Grafen Moltke aufgebend, überließ man es der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, aus den Männern, welche durch den Waffenstillstandsvertrag theils zu Mitgliedern der künftigen „gemeinschaftlichen Regierung“, theils zu Stellvertretern bestimmt waren, fünf auszuwählen, damit aus diesen die gemeinschaftliche Regierung gebildet werde. Diese fünf aber, an ihrer Spitze der Graf Reventlow-Fersbeck, erklärten sofort nur unter der Bedingung anzunehmen, daß ihnen gestattet sei, nach dem kürzlich beschlossenen Staatsgrundgesetze zu regieren. Auch konnte ja in der That eine Regierung,

bei der allgemeinen Aufregung jener Zeit, ohne Anerkennung des neuerlich Entstandenen gar nicht daran denken, irgend eine wirkliche Kraft im Lande zu gewinnen. Aber freilich, das Staatsgrundgesetz war erst nach dem preußisch-dänischen Abschluß des Stillstandes errichtet, während doch in der Zeit des Stillstandes, einem Artikel des Vertrags zufolge, die gesetzgebende Gewalt in den Herzogthümern ruhen sollte. Die fünf Männer mußten sich zu einer bedingungslosen Annahme entschließen; über ihren Willen und ihre Absichten ließen sie dennoch keinen Zweifel. Sobald sie dann am 22. October, durch die Landesversammlung als „gemeinschaftliche Regierung“ anerkannt, an die Stelle der provisorischen Regierung getreten waren, erklärten sie fast alle Gesetze und Verordnungen dieser letztern und, unter gewissen Beschränkungen, auch das Staatsgrundgesetz für gültig. Sie geriethen darüber nicht bloß mit der dänischen Regierung in einen Zwist, der endlich dahin führte, daß die letztere die „gemeinschaftliche Regierung“ nicht mehr als zu Recht bestehend anerkannte, sondern eine Zeit lang ließ sich selbst der Commissär der Centralgewalt in dieser Frage für den Standpunkt der Dänen einnehmen. Einer viel offenbareren, und zugleich viel weniger durch zwingende Umstände begründeten Verletzung des Waffenstillstandes machten sich indeß gleichzeitig die Dänen schuldig. Alsen und die nahe dabei gelegene Insel Arröe mit einer gewissen Zahl ihrer Truppen während des Stillstandes besetzt zu lassen, war ihnen durch eine besondere Bestimmung des Vertrages gestattet; von ihnen aber wurden die beiden Inseln auch der Civilgewalt der gemeinschaftlichen Regierung, welcher sie als Bestandtheile von Schleswig nach den allgemeinen Anordnungen des Waffenstillstandes unterzuordnen waren, vorenthalten. Nach einiger Zeit verstärkten sie auch die Besatzung auf Alsen über das im Vertrage festgesetzte Maß; ja, von Jütland her wurde im nördlichen Schleswig gewählt, um unter den dortigen dänisch redenden Bauern einen Aufstand gegen die „gemeinschaftliche Regierung“ zu Wege zu bringen.

Schon aus dem Erzählten erhellt nun zur Genüge Eines. Etwas von dem Geist, der in dem angeseheneren Theile der schleswig-holsteinischen Bevölkerung der allgemein verbreitete war, lebte auch in den Mitgliedern der gemeinschaftlichen Regierung. Diese Regierung trug, ihrer Zusammensetzung und ihrer Gesinnung nach, ein hochconservatives Gepräge, und was etwa von demokratischen Regungen sich allzulaut machte, wurde von ihr mit Entschiedenheit zum Schweigen gebracht; zu einem Werkzeuge dänischer Anmaßungen indeß sich herzugeben, war am wenigsten der Präsident, der streng aristokratische Graf Reventlow-Fersbeck, gesonnen. Freilich aber, mit voller Energie den schleswig-holsteinischen Gesichtspunkt herauszukehren, konnte denn doch eine Behörde, welche nicht ganz ohne Mitwirkung der dänischen Regierung zu Stande gekommen, schwerlich geeignet sein. Trotz der Verletzungen des Waffenstillstandes

von dänischer Seite her und trotzdem, daß die gemeinschaftliche Regierung selbst durch den dänischen König nicht mehr als zu Recht bestehend anerkannt wurde, fühlte sich diese Regierung durch ihre Eigenschaft als Waffenstillstandsregierung gefesselt. Durch einen Artikel des Waffenstillstandsvertrags, der eine Vermehrung der schleswig-holsteinischen Truppen während des Stillstandes erschweren sollte, durch einen anderen, der von anzuknüpfenden Friedensverhandlungen sprach, ließ sie sich Rücksichten auflegen und sah sich verhindert, im Hinblick auf einen neuen Kampf die Widerstandsfähigkeit des Landes auf die möglichste Höhe zu bringen. Was in letzterer Beziehung geschah, war vorzüglich das Verdienst zweier Preußen. An General Bonin hatte man einen tüchtigen Befehlshaber für die schleswig-holsteinischen Truppen erlangt. Daß er persönlich Theilnahme gewonnen für die Sache, der er diente, dafür waren Beweise vorhanden. Dieser Mann und sein Stabschef, der geniale Hauptmann Delius, arbeiteten aufs rüstigste an der Organisation der schleswig-holsteinischen Armee. Während des Krieges auf 14,000 Mann gestiegen, entbehrte diese Armee in ihren neueren Theilen noch vielfach des festen Zusammenhaltes und der gehörigen Durchbildung; jetzt wurde sie an Zahl nur etwa um 1000 Mann verstärkt; an innerer Tüchtigkeit aber trat sie bald den besten Armeen von Europa an die Seite, und auch dafür, daß man sich zur See den Dänen wenigstens nicht ganz wehrlos gegenüberbefinde, ward Einiges veranstaltet.

Darüber mußte man denn Manches verschmerzen, was allerdings mit diesen schätzenswerthen Vortheilen in engem Zusammenhange stand. War es nämlich schon früher hauptsächlich Preußen gewesen, wo die Herzogthümer Abhilfe für ihren Mangel an geschulten Offizieren gesucht hatten, so fand dies jetzt, unter der Vollgewalt, mit welcher ein preussischer General die militärischen Angelegenheiten des Landes bestimmte, in noch erhöhtem Maße statt. Die kriegerische Tüchtigkeit dieser preussischen Offiziere hat allgemeine Anerkennung gefunden. Daß aber zwischen denjenigen Anschauungen über die Stellung des Soldaten, über unbedingte Subordinationspflicht u. dergl., als deren vorzügliche Heimat das preussische Heer gilt, und dem erregten Geiste von Mannschaften, die in Folge einer Volkshebung zu Soldaten geworden waren, nicht immer ein voller Einklang obwaltete, läßt sich denken. Zumal da ja gerade Preußen, um der malmöer Verhandlungen willen, argen Vorwürfen von Seiten der Herzogthümer ausgesetzt war. Als nun gar, im November 1848, im preussischen Staate selbst das Militär gegen die dortige Volksvertretung, als es zur Sprengung der constituirenden Nationalversammlung verwendet wurde, blieben starke Mißtöne nicht aus. Das Aergste geschah, als ein schleswig-holsteinisches Bataillon durch eine förmliche Adresse das preussische Heer aufforderte, nicht gegen das Volk zu dienen, und als darauf ein scharfer Armeebefehl Bonins sowie die Aussicht auf strengste Bestrafung, die durch eine eingeleitete Unter-

suchung eröffnet wurde, zunächst nur die Folge hatte, daß die Pontonniercompagnie sich mit dem bedrohten Bataillon einverstanden erklärte. Durch die Art von Bonins Verfahren kam es ungeachtet des Werthes, den die gemeinschaftliche Regierung auf die Dienste des Generals legte, zwischen ihm und dieser Regierung nahe an einen Bruch. Das Ende war, daß zwar das Verfahren cassirt wurde und die Bestrafung der Schuldigen nicht in der Härte ausfiel, die Bonin für nöthig erachtet hatte; aber durch die äußersten Anstrengungen, welche es sich die provisorische Regierung kosten ließ, ihn zur Zurücknahme seiner eingereichten Entlassung zu bewegen, empfing der General eine Anerkennung seiner Unentbehrlichkeit, die ihn vollends zum eigentlichen Herren der Verhältnisse in den Herzogthümern machte.

Noch etwas Anderes indeß knüpfte sich an jene Bedeutung der preußischen Offiziere für das junge schleswig-holsteinische Heer. Die meisten von ihnen waren, indem sie in dies Heer eintraten, darum doch nicht aus der preußischen Armee ausgeschieden, sondern nur auf Urlaub von dort entlassen; der General v. Bonin selbst hatte sich seinen Rücktritt in das preußische Heer offengehalten. Man begreift die Consequenz davon. Die preußische Regierung hatte es in ihrer Gewalt, durch Rückberufung dieser Offiziere einen großen Theil der schleswig-holsteinischen Armee aus Rand und Band zu bringen. Eine verstärkte Abhängigkeit von Preußen war hiervon die unausbleibliche Folge.

Zu einer solchen Abhängigkeit war freilich — ungeachtet aller Beschwerden von Malmö her — auch in der ganzen übrigen Lage der Umstände die reichlichste Ursache vorhanden. Denn je weniger man nach den gemachten Erfahrungen der Hoffnung Raum geben konnte, daß die deutsche Centralgewalt in der großen europäischen Politik irgendeine Bedeutung erhalten werde, desto entschiedener sahen sich die Herzogthümer, sofern sie sich nicht ausschließlich auf ihre eigene Kraft verlassen wollten, an Preußen gemiesen. Lieferte doch auch jetzt noch fast jeder Tag einen neuen Beweis, wie Geringes die Centralgewalt im Verkehr mit dem Auslande, und wie sie namentlich in den Verhältnissen, auf welche es hier ankam, fast nur durch Preußen und mit dessen gutem Willen zu wirken vermöge. Die beabsichtigten Friedensverhandlungen, die zu London statthaben sollten, dachte diesmal die Centralgewalt selbst in die Hand zu nehmen. Ueber das Wie? erhoben sich aber Schwierigkeiten schon aus dem mißlichen Umstände, daß die Centralgewalt noch immer nicht förmlich von England anerkannt war; und als man beschloß, den preußischen Gesandten in London, den Ritter von Bunsen, zugleich zum Bevollmächtigten der Centralgewalt zu machen, nahm dieser die Vollmacht nur unter der Erklärung an, daß er immer im Einverständniß mit der preußischen Regierung handeln werde. Diese aber mochte wohl an der Unfähigkeit der Centralgewalt, ohne sie einen Schritt vorwärts zu kommen, eine Genugthuung empfinden; wäre man nur nicht

über die eigenen Absichten Preußens in den Herzogthümern immer zweifelhafter geworden! Seine allmählig hervortretenden Absichten, in Deutschland einen engeren Bund um sich zu sammeln, wirkten störend ein; beim Erscheinen der wichtigen, die künftige Gestaltung Deutschlands betreffenden Circularnote vom 23. Jan. 1849 erregte die Andeutung, daß Preußen auf die Aufnahme Schleswig-Holsteins in diesen engeren Bund verzichte und dasselbe mit Rücksicht auf die Personalunion zu Dänemark, neben Luxemburg und Deutsch-Oesterreich in den weiteren Bund verweise, sehr unangenehme Empfindungen. Was aber mindestens gleich nachtheilig wirkte: indem die preussische Regierung von jetzt an immer bestimmter unter reactionäre Einflüsse kam, mußte eben bei ihr der Ueberdruß an der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mehr und mehr zunehmen. In Dänemark dagegen hatte eine Veränderung des Ministeriums im conservativen Sinne, die im Spätherbst 1848 eingetreten, keine geänderte Politik hinsichtlich Schleswig-Holsteins, sondern nur eine Erleichterung und Steigerung der guten Beziehungen zu Rußland zur Folge.

Wie tief nun, unter allen diesen Verhältnissen, der Stand der schleswig-holsteinischen Sache in der europäischen Diplomatie gesunken war, das erkannte man aus einem Vergleich der mancherlei, jetzt zu Tage tretenden Friedensprojecte mit den Plänen, die im Mai 1848 zwischen Preußen und England besprochen worden waren. Die meiste Erwägung wurde jetzt einem Gedanken, den England von Rußland angenommen, gewidmet; als Grundlage der Unterhandlung wurde die „Selbständigkeit Schlesiens“ aufgestellt, aber nicht blos Dänemark gegenüber, sondern so, daß darunter auch die Lösung seines Zusammenhanges mit Holstein verstanden wurde; hinsichtlich der Erbfolge trug man sich mit Mancherlei, unter Anderem wohl auch mit der Idee, den Großherzog von Oldenburg als Stammverwandten des dänischen Königshauses zur dereinstigen Succession in Dänemark wie in den Herzogthümern zu bestimmen, die Augustenburger aber etwa in Oldenburg zu entschädigen. Gegen jene Absicht einer Trennung Schlesiens von Holstein — einer Trennung, in welcher die Unabhängigkeit des vereinzelt Schleswig vor dem fanatischen Eifer der Eiderdänen bald zur Täuschung, zu werden drohte — erhob die schleswig-holsteinische Landesversammlung in einer Adresse an den Reichsverweser Einsprache. Aber allerhand Uebles, dessen man sich von Frankreich und Schweden, von Rußland und England zu gewärtigen habe, wurde angeführt als Grund, warum die Centralgewalt sowohl als Preußen das Princip der Trennung Schlesiens von Holstein für die Unterhandlungen anzunehmen genöthigt sei. Die nähere Erörterung dessen, was mit der „Selbständigkeit“ Schlesiens verbunden oder durch dieselbe ausgeschlossen sein müsse, führte indeß in neuen Streit; das Reichsministerium hoffte wohl, diesem Begriffe der schleswigschen Selbständigkeit durch nähere Bestimmungen allmählig eine solche Bedeutung zu verleihen, daß es zuletzt Däne-

mark sein sollte, welches die von England vorgeschlagene Grundlage verwürfe. Theils für solche Verhandlung, theils aus allgemeineren Gründen, wünschte man jetzt eine Verlängerung des Waffenstillstands über das Frühjahr hinaus. Dänemark aber konnte, sowie der Winter zu Ende ging, nach dem gesammten Stande der Dinge aus einer Erneuerung des Krieges fast nur Gutes für sich hoffen; bei einer längeren Fortdauer des Waffenstillstands dagegen — so fürchtete es — möchten die Gewohnheiten und Verhältnisse, die aus dem ungestörten Zusammenleben der beiden Herzogthümer unter einer besonderen Regierung entsprängen, eine seinen Absichten gefährliche Festigkeit erlangen. So knüpfte es denn seine Zustimmung zu einer Erstreckung des Stillstandes an ganz unannehmbare Bedingungen. Und für fernere Friedensverhandlungen trat es zugleich (Febr. 1849) unter Berufung auf den Rath Rußlands, mit einer neuen Forderung auf, durch welche sich schon jetzt die Abneigung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, sich auf die „Selbständigkeit Schlesiens“ einzulassen, rechtfertigte: Dänemark verlangte, bei der Selbständigkeit Schlesiens müsse doch „die unauflöbliche Verbindung“ des Herzogthums mit Dänemark unberührt bleiben. England nahm sich nun zwar (13. März) dieser Verbindung, wiewohl nur als einer „politischen“, d. h. als einer nur nach außen geltenden, an; dem Willen Dänemarks aber, den Waffenstillstand nach Ablauf der sieben, zu Malmö ausbedungenen Monate enden zu lassen und die Feindseligkeiten zu erneuern, widersetzte sich fast alles. Schweden und Frankreich erhoben in diesem Sinn ihre Stimme und auch Oestreich ließ sich einmal hören; namentlich aber England protestirte heftig gegen den Wiederbeginn des Krieges und erklärte dem dänischen Ministerium, diejenige Macht, die den Frieden breche und den Kampf anhebe, werde sich selbst so vollständig ins Unrecht bringen, daß sie ihrer Sache einen unerseßlichen Schaden zufüge. Unbekümmert um alle diese Ermahnungen, Warnungen und Drohungen, kündigte Dänemark die Waffenruhe — und von keiner jener ermahnenden, warnenden und drohenden Mächte hat es darum ein Leid zu erfahren gehabt!

Der Eifer des Reichsministeriums und der preussischen Regierung, auf irgendeinem Wege zum Frieden zu gelangen, sowie das Bewußtsein des dänischen Cabinets von den Vortheilen, deren es sich erfreute, hatten sich während des Winters noch in Anderem als in dem bisher Erzählten zu erkennen gegeben. Wiederholt war die gemeinschaftliche Regierung Schleswig-Holsteins von Frankfurt wie von Berlin her zu einem Versuche einer directen Verständigung mit dem dänischen Könige aufgefordert worden. Da in Kopenhagen dem Rechtsbestande der gemeinschaftlichen Regierung die Anerkennung verweigert wurde, hatte jeder derartige Versuch viel Demüthigendes an sich. In der Hoffnung indeß, das dänische Cabinet werde von seinem Standpunkte abgehn, ließ sich die gemeinschaftliche Regierung endlich, im Februar 1849,

zu einer Absendung bewegen. In Kopenhagen aber blieb man bei der Verweigerung; der Abgesandte Graf Reventlow-Farve mußte mit betrogener Erwartung heimkehren und der peinliche Schritt war umsonst gethan.

Auf der Bevölkerung Schleswig-Holsteins hatte der Waffenstillstand mit allen seinen, dem öffentlichen Gefühle widerwärtigen Bestimmungen und mit allen den Befürchtungen eines verderblichen Friedens, zu denen er Anlaß gab, schwerer und schwerer gelastet. Von ihr wurde es mit Jubel gehört, daß das Ende gekommen; mit voller Befriedigung sah sie es an, daß die deutsche Reichsgewalt nun, nachdem mit dem Waffenstillstand auch die nur für diesen bestimmte „gemeinschaftliche Regierung“ ihr Dasein beschlossen, für die fernere Verwaltung der Herzogthümer eine „Statthalterschaft“ einsetzte, bestehend aus dem Grafen Reventlow-Breeß und Wilhelm Beseler, den beiden patriotischen Männern, die bereits in der provisorischen Regierung den vorherrschenden Einfluß geübt hatten.

Deutschland aber schien, als nun zu Ende März 1849 der Kampf sich wieder eröffnete, wenigstens Eines beweisen zu wollen: daß es ihm nicht an Menschen mangle. Gegen die 30,000 Mann dänischer Landtruppen, die in zwei Abtheilungen, von Jütland und von Alsen her, in Schleswig einzudringen versuchten, standen zuvörderst nördlich von Flensburg die 15,000 Schleswig-Holsteiner unter Bonin und bewiesen, in leichten Gefechten am 3. und 4. April, ihre gewonnene militärische Fertigkeit; aus Deutschland aber zogen ziemlich 60,000 Mann heran, zusammengesetzt aus Truppen fast aller deutschen Staaten mit Ausnahme von Oestreich. Ohne Verspätungen ging es nicht ab. Am 5. April begannen indeß die vordersten Abtheilungen in die Stellungen Bonins einzurücken, der seinerseits weiter gegen Norden zog. Da plötzlich erscholl eine Kunde — recht wie dazu gemacht, ein erquicklichstes Labfal zu bieten nach all dem Jammer und Ueberdruß, der aus dem bisher Erlebten so reichlich herfloß. Der dänische General v. Krogh hatte eine Landung im Süden der deutschen Aufstellung, in der Bucht von Eckernförde, angeordnet; durch dieselbe sollte die deutsche, bei Flensburg stehende Armee in ihrem Rücken beunruhigt und ein Angriff unterstützt werden, den Krogh vom Sundewitt her gegen sie zu unternehmen gedachte. Das stolze Linien Schiff der Dänen, Christian der Achte, die schöne Fregatte Geston und noch mehre weniger bedeutende Fahrzeuge waren zu der Expedition bestimmt. Zwei Batterien von 4 und 6, zum Theil unzuverlässigen Geschützen mit einer Bedienung von 80 Mann war alles, was bereit stand, den dänischen Schiffen und den 159 Geschützen und 1200 Mann, die auf ihnen herankamen, die Einfahrt in den schlecht zu vertheidigenden Hafen zu wehren; erst als der Kampf schon entbrannt war, griffen in denselben 2 Geschütze einer nassauischen Batterie, die auf Veranstellung des in der Nähe befindlichen Herzog Ernst von Sachsen-

Goburg-Gotha herbeigezogen waren, mit ein. Die ruhige Tapferkeit der Mannschaften, die durch den Major Jungmann und den Unteroffizier Preußer, den Commandanten der kleineren Batterie, in unübertrefflicher Weise angefeuert wurden, vereinigte sich hier mit einem wunderbaren Glück, um einen jener Erfolge geringer Streitkräfte über eine ungeheure Uebermacht herbeizuführen, wie sie uns selbst in Kämpfen fremdster Zeiten und Völker mit einer so mächtigen Theilnahme zu erfüllen pflegen. Nach einem Tage angestrengtester Arbeit und höchster Spannung hatte (d. 5. April) Abends 6 Uhr die Gefion und der Christian der Achte die Flagge gestrichen, der letztere schon unrettbar vom Brand ergriffen; Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr flog er auf, leider in sein Verderben den wackeren Preußer mit hineinreisend, der die Ausschiffung der kriegsgefangenen Besatzung geleitet hatte. Zwei der prachtvollsten Schiffe seiner Marine, 1154 Mann an Todten und Gefangenen hatte Dänemark eingebüßt; auf schleswig-holsteinischer Seite gab es 4 Todte und 10—20 Verwundete, und mit diesem geringen Verluste war eine Erhebung der Gemüther ohne Gleichen gewonnen.

Auch der Landkrieg aber bot in seinem Wiederanfang Erfreuliches dar. Die Reichstruppen drängten die Dänen aus dem Sundewitt, bis sie dieselben am 13. April durch Erstürmung der düppeler Schanzen ganz von dem Festlande nach der Insel Alsien hinübertrieben. Unterdeß folgte Bonin mit den Schleswig-Holsteinern dem dänischen Corps, welches, von Norden in Schleswig eingedrungen, sich jetzt vor ihm zurückzog, bis an die jütländische Grenze und noch über sie hinaus. Am 20. April bemächtigte er sich in glücklichem Kampfe der Stadt Kolding; ungleich bedeutender war die Schlacht, durch welche er sich, am 23. April, in der eingenommenen Stellung behauptete. 17.000 Dänen führten hier mit großer Hartnäckigkeit den Angriff auf 10.000 Schleswig-Holsteiner aus; die letzteren bestanden den Angriff auf das glänzendste und der Feind sah sich, seine Absicht aufgebend, zum Rückzuge genöthigt.

Man erkannte hier, was mit den vorhandenen Mitteln ein fester Entschluß zu vollziehen im Stande sei; bald aber erkannte man auch wieder, wo ein solcher Entschluß nicht gesucht werden dürfe. Das deutsche Reichsministerium, Heinrich v. Gagern an der Spitze, ließ es zwar diesmal für den Befehlshaber der Reichsarmee nicht an Weisungen zu kräftigem Vorgehen fehlen und nahm auch für die Friedensunterhandlungen die früher zugestandene Grundlage der Selbständigkeit Schlesiens zurück. War ferner der preussische Antheil an der aufgestellten Armee diesmal ein bei weitem geringerer als im vorigen Jahre, so war auch jetzt nicht so, wie damals, Leitung von Krieg und Verhandlung in die Hände der preussischen Regierung gegeben. Aber leider gingen ja Centralgewalt und Nationalversammlung eben in diesen Tagen mit starken Schritten ihrem Verfall entgegen; und das hatte denn doch die Rücksicht auf Preu-

ben geboten, daß wiederum ein preussischer General, v. Prittwig, zum Befehlshaber der Reichsarmee ernannt worden war. Daß nun dieser sich bei weitem mehr durch berliner Winke als durch frankfurter Instructionen leiten ließ, lag sofort am offenen Tage. In Berlin aber hoffte man immer noch oder bald wieder auf Waffenstillstand. Die außerdeutschen Mächte mahnten von ernstlichen Feindseligkeiten ab; der russische Gesandte eiferte, da Frankreich und Rußland nie eine Trennung Schlesiens von Dänemark zugeben würden, sei es Thorheit und könne nur unnützes Blutvergießen geben, wenn man in Jütland einfalle. Diese Dinge wirkten durch das berliner Cabinet auf die Führung der Reichsarmee. Den Einfall in Jütland hatte der rüstige Bonin ganz auf eigene Faust gewagt, nachdem er eine Reihe von Tagen vergeblich auf einen Befehl dazu gewartet hatte. Selbst als Prittwig von Frankfurt aus die positive Weisung zum Einrücken in Jütland erhalten hatte, befahl er seinerseits dem General Bonin, sich auf jütländischem Boden keinem ernstlichen Angriff der Dänen auszusetzen — ein Befehl, mit welchem sich wieder Bonin dadurch, daß er am 23. April die Schlacht bei Kolding annahm, in Widerspruch brachte. Ein Verbot hemmte sofort Bonins weiteres Vordringen. Das Reichsheer unter Prittwig eigener Führung aber, auch diesmal Alsen gegenüber nur eine Abtheilung zurücklassend, mußte sich in äußerst langsamem Marsch gegen den Norden von Schleswig hinschleppen. Vierundvierzig Tage nachdem man von Rendsburg ausmarschirt, befand man sich zwanzig Meilen davon entfernt, an der Grenze von Jütland. Die Statthalter begaben sich selber ins Hauptquartier, hörten vom General Prittwig Aeußerungen der peinlichsten Verlegenheit, redeten ihm ins Gewissen. Darauf ging es im Schneckengang wirklich nach Jütland hinein. Bonin mit den Schleswig-Holsteinern erhielt jetzt die Weisung, sich rechts gegen den, der Insel Fünen gegenübergelegenen Landungsplatz Fredericia zu wenden, wobei er denjenigen Theil der dänischen Armee, der nach dieser Festung hin retirirt war und ihm den Weg streitig machen wollte, durch ein glückliches Gefecht bei Gudstøe zum Weichen brachte. Die Reichsarmee aber durfte sich wieder nur in langsamstem Marsch der anderen dänischen Abtheilung unter General Rye nachziehen; in siebzehn Tagen vierzehn Meilen zurücklegend, gelangte sie bis Aarhus, während Bonin in der Belagerung Fredericias, wo sich General Bülow eingeschlossen hatte, ein die Kräfte seiner kleinen Armee übersteigendes Werk unternommen hatte.

Aber was hatte auch ein Vortheil mehr oder weniger, der im Felde erkämpft werden mochte, zu bedeuten? Indes Dänemark durch den tiefen Schmerz über die Niederlage von Eckernförde, statt sich zu billigeren Friedensvorschlägen bestimmen zu lassen, vielmehr zu den äußersten Anstrengungen aufgestachelt wurde, erlahmte in Deutschland an der einen Stelle die Kraft, an der anderen der Wille gänzlich. Nachdem die deutsche Nationalversammlung sich nicht auf

die Bedingungen eingelassen, unter denen der preußische König vielleicht sich zur Annahme der dargebotenen Kaiserkrone hätte verstehen mögen, nachdem darauf (Anf. April) die Zurückweisung dieser Krone erfolgt war, gingen in Berlin die schwachen Rücksichten gegen die deutsche Nationalversammlung, die noch zu Gunsten der schleswig-holsteinischen Sache sprachen, ihrem gänzlichen Ende entgegen. Gewaltiger und gewaltiger erhob sich in der europäischen Diplomatie Rußland. Diese Macht hatte jetzt offenbar ihre Freude daran, durch augenfällige Förderung ihres Schütlings Dänemark dem preußischen Staate für seine verschiedenartigen Versuche im Felde liberaler und nationaler Politik und so auch für seine, wenn schon noch so mattherzige Gunst gegen die schleswig-holsteinische Sache eine Lection zu ertheilen. In Preußen selbst aber fand die russische Regierung die beste Unterstützung an der Partei, welche, in Rußland den wahren Hort der conservativen Interessen verehrend, sich selbst den Namen der russischen zuzog — an der Partei der Neuen preußischen Zeitung. Schon im April war man sich in den Herzogthümern von Preußen und dem Minister des Auswärtigen, Grafen H. Fr. v. Arnim, der schlimmsten Dinge gewärtig. Der Bevollmächtigte der schleswig-holsteinischen Statthaltertschaft bei der Centralgewalt, Franke, rief in der Nationalversammlung zu Frankfurt Ver-rath. Die Neue preußische Zeitung antwortete damit, daß sie die Hoffnung aussprach, Preußen werde sich vor der Schande bewahren, abermals sich von der Revolution ins Schlepptau nehmen zu lassen. Protestirende Erklärungen der Statthaltertschaft gegen eine Lostrennung Schlesiens von Holstein waren vergeblich. Am 14. Mai erfolgte vollends der offene Bruch der preußischen Regierung mit der deutschen Nationalversammlung; am 18. erklärte die erstere auch, ihre Unterhandlungen mit der dänischen Regierung ohne Rücksicht auf die Centralgewalt zu führen, gleichzeitig den General Pittwitz anweisend, hinfort nur von Berlin Instructionen anzunehmen. Nun denke man dazu, welche Kraft damals durch die Auflösung der preußischen Kammern (d. 27. Apr.), durch die Maiunruhen, durch den badischen Aufstand die preußische Reaction erhielt. Bald war die Centralgewalt in Frankfurt a. M. höchst ohnmächtig, dagegen in Norddeutschland durch das Dreikönigsbündniß vom 26. Mai eine gewisse Hegemonie von Preußen fürs Erste anerkannt. Aber kein Gedanke daran, dieser Hegemonie durch eine neue Betreibung des schleswig-holsteinischen Kampfes eine höhere Berechtigung und Popularität zu geben. Vielmehr scheint jetzt der preußische Wunsch, Holstein für den engeren, von Preußen zu gründenden und zu leitenden Bund in Deutschland zu gewinnen, in welchen auch Schleswig hineinzuziehen man nicht wohl hoffen konnte, den dänischen Absichten auf Lösung der zwischen Schleswig und Holstein bestehenden Bande einigermaßen begegnet zu sein. Daß im stärksten Gegensatze dazu die schleswig-holsteinische Landesversammlung, gereizt durch die steigende Gefahr, in einer Adresse die Sehnsucht

aussprach, zwischen den Herzogthümern und Dänemark auch die Personal-Union verschwinden zu sehn, konnte jetzt als Antastung der legitimen landesherrlichen Autorität am berliner Hofe gewiß eher Aergerniß als irgendeinen andern Eindruck hervorbringen. Unter dem Drohen der Großmächte, unter der Abneigung gegen die fernere Unterstützung einer revolutionären Erhebung verhandelte man in Berlin mit einem dänischen Gesandten über einen Waffenstillstand mit Friedenspräliminarien; und für diese letzteren ließ sich Preußen (abermals ein Zeichen, wie man tiefer und tiefer herabkam) jenen russisch-englischen Gedanken vom März 1849 gefallen, Selbständigkeit Schlesiens unbeschadet seiner politischen Verbindung mit Dänemark, Gemeinschaft zwischen Schleswig und Holstein nur in gewissen nicht-politischen Verhältnissen finanzieller und gemeinnütziger Natur — das waren jetzt die Grundlagen, auf die der Friede gebaut werden sollte.

Die Präliminarien des Friedens und die Bedingungen des Waffenstillstandes waren schon am 8. Juli festgestellt; gewiß hat also die dänische Regierung dem Abschlusse bereits seit Anfang Juli mit ziemlicher Sicherheit entgegensehen können. Wie vergalt sie aber nun jene zärtliche Sorgfalt für das Gedeihen der Unterhandlungen, durch welche offenbar die Operationen des preussischen Oberbefehlshabers so lahm gelegt worden waren? Dadurch, daß sie eben jetzt einen grimmigen Schlag gegen die gehaftete Armee Schleswig-Holsteins führte. Fast zwei Monate lag General Bonin vor Fredericia, ohne, bei seinen unzureichenden Mitteln, etwas Wesentliches auszurichten. Man verlebte in dem Lager heitere und sorglose Tage; aber auch einen schweren Verlust erlitt die Armee durch den Tod, den eine Kanonenkugel dem trefflichen Gehilfen Bonins, dem Hauptmann Delius, brachte. Um den verschiedenen Erfordernissen der Belagerung zu genügen, dehnten sich die Stellungen des kleinen Heeres weiter und weiter aus, wurden die Verbindungen zwischen den einzelnen Abtheilungen immer unsicherer. Auf Seiten der Dänen beschloß man jetzt in ähnlicher Art wie im vorigen Jahre die Vortheile zu benutzen, welche die Beherrschung der See an die Hand gab. Von der Insel Alsens ward ein Theil der dort befindlichen Truppen, aus dem nördlichen Jütland das Corps des General Rye, das dort dem Reichsheere gegenüberlag, nach der Insel Fünen hinübergeschifft. Durch ein paar zurückgelassene Bataillone ließ sich Prittwitz Tage lang täuschen und als er einen warnenden Boten an Bonin absendete, war es zu spät. Aber die mannichfachen Warnungen für Bonin kamen ihm von Personen aus seiner Nähe und lagen vor ihm in Umständen, die ihm kaum entgehn konnten; durch hartnäckiges Festhalten an einmal gefaßten Ansichten blieb er unzugänglich für alle. Am 3., 4. und 5. Juli setzte die angesammelte Truppenmasse nach Fredericia über; 20,000 Mann waren gegen die 10,000 Mann starke Belagerungsarmee concentrirt. Am 6. Juli früh 1 Uhr erfolgte der Angriff. Mit furchtbarer Gewalt brach die dänische Uebermacht aus der Festung heraus in die Lücken der schles-

wig-holsteinischen Aufstellung. In Heldenmuth wie in jeder sonstigen Eigenschaft militärischer Tüchtigkeit leisteten die Angegriffenen das Höchste. Auch die Dänen erlitten schwere Einbuße und ihr General Rye befand sich unter den Gefallenen. Aber nach blutigstem Kampfe, nach einem Verlust von ziemlich 3000 Mann, sahen die Schleswig-Holsteiner ihre Stellung gesprengt und mußten, des Morgens 9 Uhr, den Rückzug antreten.

Diese Nacht von Fridericia, auf das lebhafteste und in den verschiedensten Beziehungen an die Schreckensnacht von Hochkirch (13.—14. October 1758) erinnernd, war ein reicher Entgelt für den Tag von Eckernförde; die Dänen erreichten außerdem, daß dem Fernstehenden die Bedingungen des nahen Waffenstillstandes zum Theil als Folge eines dänischen Sieges erschienen. In Wirklichkeit hätte es, um den Waffenstillstand, so wie er am 10. Juli zu Berlin abgeschlossen wurde, zu Wege zu bringen, des Blutbades von Fridericia nicht bedurft. Die Bestimmungen des Stillstandes entsprachen den Friedenspräliminarien, über die man übereingekommen. Von einer gemeinschaftlichen Regierung für Schleswig und Holstein war jetzt nicht die Rede. Während man in Holstein für die Zeit der Waffenruhe die Statthalterschaft beließ, sollte für Schleswig eine besondere Landesverwaltung eingesetzt werden; ein Mitglied derselben hatte Preußen, eines Dänemark, ein drittes, als Obmann für etwaige Meinungsverschiedenheiten unter jenen beiden, England zu stellen. Die schleswig-holsteinische Armee wurde jetzt ganz nach dem Süden der Eider, ganz nach Holstein verwiesen. Für den Süden Schlesiens war eine preussische, für den Norden eine neutrale, schwedisch-norwegische Besatzung bestimmt; in Alsen und Arröe wurde indeß die dänische Besatzung gelassen.

Ein Seitenstück zu dem jetzigen österreichisch-preussischen Zuge nach Schleswig.

Preußen und Oestreich sind auf dem Wege nach Schleswig. Was jenes dort sollte, ist klar; was es will, noch zweifelhaft. Mit bangen Ahnungen aber begleiteten die Augen des deutschen Volkes die preussischen Bataillone und Schwadronen nach den Ufern der Eider. Man erwartet als den besten Fall ein neues schwächliches Propositorium in dem vielhundertjährigen Kampfe der transalpingischen Stammgenossen mit den Dänen. Zögern, Halbheiten, Ver-